

Richtigstellung /Anmerkungen der Stadtpolitik

Richtigstellung der Fraktion Grüne / Generation.Heidelberg:

Das von Arnulf Weiler-Lorenz berichtete Abstimmungsverhalten bezüglich der Fraktionsgemeinschaft GRÜNE/generation.hd, der GAL und der SPD ist schlichtweg falsch. generation.hd brachte für die Fraktionsgemeinschaft GRÜNE/generation.hd einen von SPD, GAL und Heidelberg P&E unterstützten Antrag (***Der GR fordert das Regierungspräsidium auf, zeitnah in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg und der Gemeinde Sandhausen eine Lösung zu finden, die mindestens der Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschlusses Rechnung trägt***) ein, der mit 6:9 Stimmen abgelehnt wurde.

Daraufhin wurde ein von den Heidelbergern formulierter und von der CDU eingebrachter Antrag abgestimmt (***Der GR fordert das Regierungspräsidium auf, zeitnah in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg und der Gemeinde Sandhausen eine Lösung zu finden, die mindestens der Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschlusses Rechnung trägt, ohne den Rückbau der L600 zu veranlassen***) Dieser Antrag, unterstützt von CDU, FDP, FWV, OB Würzner und Jungstadtrat Matthias Michalski (SPD) wurde mehrheitlich angenommen. Die Fraktionsgemeinschaft GRÜNE/generation.hd und GAL enthielten sich, der Rest der SPD (Stadträtin Spinnler und Stadträtin Meissner) stimmte gegen den Antrag.

Der Antrag des Bezirksbeirates Kirchheim, den Rückbau beim Regierungspräsidium anzumahnen, wurde von der SPD angekündigt aber dann zurückgezogen und daher nicht gestellt und auch nicht abgestimmt.

Die Fraktionsgemeinschaft GRÜNE/generation.hd wie auch die GAL vertrat die Meinung, dass bei einem Ersatz des Rückbaus der L 600 durch andere Ausgleichsmaßnahmen sichergestellt werden müsse, dass mindestens die gleiche Punkteanzahl erreicht werden müsse und teilte damit die Einschätzung des städtischen Umweltamtes, die den Sandhäuser Vorschlag als unzureichend einstufte. Den Aufruf durch den CDU-Antrag, auf den Rückbau der L 600 zu verzichten, teilten wir eben nicht. Wir enthielten uns der Stimme wegen der unklaren Auslegung dieser Formulierung. Andererseits waren wir aber auch skeptisch, mit dem Antrag des Bezirksbeirates Kirchheim den Rückbau zu fordern, da die nun angestrebten Ausgleichsmaßnahmen (wenn diese noch nachgebessert würden) ökologisch womöglich höherwertig sein würden als der Rückbau der Straße.

Anmerkungen der Redaktion:

Beim Tagesordnungspunkt „Rückbau der L 600“ lag dem Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss als Beratungsgrundlage ein Beschluss des Bezirksbeirates folgenden Wortlautes vor: *Die Stadt Heidelberg fordert das Regierungspräsidium auf, den Rückbau der L 600 entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss (Bau der B 535) zu veranlassen.*

Im Laufe der Beratung wurde von der CDU der von Stadtrat Lachenauer formulierte Antrag eingebracht: *Der GR fordert das Regierungspräsidium auf, zeitnah in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg und der Gemeinde Sandhausen eine Lösung zu finden, die mindestens der Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschlusses Rechnung trägt, ohne den Rückbau der L600 zu veranlassen.*

Dieser Antrag wurde dann aus der Mitte des Ausschusses modifiziert: *Der GR fordert das Regierungspräsidium auf, zeitnah in Zusammenarbeit mit der Stadt Heidelberg und der Gemeinde Sandhausen eine Lösung zu finden, die mindestens der Ausgleichsmaßnahmenforderung des Planfeststellungsbeschlusses Rechnung trägt.* Der Inhalt dieses Antrags wurde offenbar unterschiedlich interpretiert, die Abstimmung entspricht der Darstellung von Stadtrat Weiss.

Der ursprüngliche Antrag (ausdrücklicher Verzicht auf den Rückbau) wurde bei Enthaltung von Grüne und generation.hd und der GAL beschlossen. Die beiden SPD-Stadträtinnen, die sich in der Diskussion für den Rückbau eingesetzt hatten, stimmten gegen diesen Antrag. Eine Abstimmung über den Antrag des Bezirksbeirates erübrigte sich mit diesem Beschluss.